

Zum Vertrag von Lissabon

(Antwort auf Leserbrief von Pascal Arimont)

Sehr geehrter Herr Arimont,

Weil Ihr Leserbrief vom 5. Februar 2008 einige wesentliche Gesichtspunkte anspricht, und weil die Bevölkerung der DG ein Recht auf umfassende Information über den Lissabon-Vertrag hat, antworte ich Ihnen in Form eines öffentlichen Leserbriefes.

Sie bescheinigen der Europäischen Union, der "EU", einen bedeutenden Anteil an dem, seit dem 2. Weltkrieg, anhaltenden Frieden in Europa. Ich bin der Meinung, dass der Frieden in Europa nicht das Verdienst der "EU" ist, sondern dass er auf dem Willen der Menschen in Europa beruht, friedlich miteinander umzugehen.

Ganz im Gegenteil schickt sich die "EU", d.h. die Union der europäischen Wirtschafts- und Finanzkonzerne, jetzt an, mit dem Vertrag von Lissabon, den inneren und äußeren Frieden Schritt für Schritt zu zerstören! Das Leitmotiv der vorherigen EU-Verträge und des Vertrages von Lissabon ist der freie Wettbewerb in einem von störenden Regeln befreiten Markt. Und das Ziel bleibt der maximale Profit, ohne Rücksicht auf soziale Errungenschaften und ökologische Notwendigkeiten. Die Folgen dieser Zielsetzung sind tagtäglich in den Fernsehkommentaren und in den Zeitungsberichten ersichtlich.

Sodann verkennen Sie vollkommen die Sachlage und stellen die Gegebenheiten auf den Kopf mit der Aussage: "..., dass die EU und ihre Institutionen immer nur so demokratisch und sozial sein können, wie dies die Mitgliedstaaten zulassen". Die "EU" und die EU-Kommission sind Interessenvertretungen der Wirtschaftskonzerne. Der Europarat der Staats- und Regierungschefs und die Ministerräte sind nicht demokratisch, weil sie gleichzeitig die legislative und die exekutive Gewalt ausüben. Es ist auch kein Geheimnis, dass viele Regierungschefs und Minister entweder Mitarbeiter oder Vorstandsmitglieder in den Konzernen der "EU" waren, sind oder sein werden. Und dem Europa-Parlament, der einzigen demokratischen Europa-Institution, wird von der "EU" und von eben diesem Europarat, in den entscheidenden Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, jedwede Befugnis verwehrt.

Diese schwerwiegenden Mängel an Solidarität und an Demokratie müssen, nach meinem Dafürhalten, wenn man verantwortungsvoll handeln will, mit entsprechenden Bestimmungen im Vertrag von Lissabon behoben werden, bevor dieser Vertragstext ratifiziert werden kann.

Joseph Meyer (VIVANT-Ostbelgien)

Mitglied im PDG